

Resolution der gemeinsamen Tarifkommission für die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (TG II) vom 29. Juni 2003

Nach vier Wochen Streik in der Metall- und Elektroindustrie in Sachsen, Brandenburg und Berlin (Ost) ist es auch in den Tarifverhandlungen vom 27. Juni 2003 nicht gelungen, einen Kompromiss über die schrittweise Angleichung der wöchentlichen Arbeitszeit an das Westniveau durchzusetzen.

Zuvor ist bereits im Rahmen eines Sondierungsgespräches der Spitzen von IG Metall und Gesamtmetall nach Lösungen gesucht worden.

Die IG Metall hatte den Arbeitgebern bis zuletzt als Basis für einen gemeinsamen Tarifkompromiss weitgehende Angebote unterbreitet.

Darüber hinaus hat die IG Metall den Arbeitgebern einen mehrjährigen Angleichungspakt angeboten, der einen umfassenden Beitrag zum Aufbau Ost für die Sicherung der Standorte, für mehr Beschäftigung und Ausbildung und eine bessere Grundlage für Investoren schaffen sollte.

Dies alles hat nicht ausgereicht, die Boykottstrategie der Arbeitgeber zu durchbrechen, obwohl diese sich im Tarifvertrag aus dem Jahre 2002 schriftlich verpflichtet haben, mit der IG Metall über die schrittweise Angleichung der Arbeitszeit zu verhandeln.

Die Tarifbewegung fand in einem schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfeld statt, das sich im Laufe der Bewegung weiter verschärft hat. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage und die konjunkturellen Eintrübungen haben die öffentliche Meinungsbildung wesentlich beherrscht.

Auch das zunehmend kritischer werdende Verhältnis der Regierungsparteien zu den Gewerkschaften im Zusammenhang mit der Diskussion um die Agenda 2010 und die aggressive Oppositionsstrategie gegen die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben den weiteren Verlauf der Tarifbewegung erheblich beeinflusst. Überhaupt bedarf die gezielte Einflussnahme von Spitzenrepräsentanten aus der Politik und vor allem die parteiiche Rolle der Medien einer besonderen Bewertung.

Am 7. Juni konnte mit dem Tarifabschluss für die ostdeutsche Stahlindustrie die Zielsetzung der IG Metall in einer Branche voll verwirklicht werden.

Der Stufenplan zur schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche in der ostdeutschen Stahlindustrie ist ein wichtiger Erfolg für die IG Metall und die streikenden Stahlarbeiter. Es ist allerdings nicht gelungen, auf der Basis dieses Tarifabschlusses eine Signalwirkung für einen möglichen Kompromiss in der Metall- und Elektroindustrie zu erzielen. Im Gegenteil verhärtete sich die Ablehnungsfront der Arbeitgeber nach Vorliegen des Stahlabschlusses mehr und mehr. Der großzügig gestreckte Stufenplan zur schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche ist auch für ostdeutsche mittelständische Betriebe betriebswirtschaftlich verkraftbar. Die Ablehnung der Arbeitgeber hatte offensichtlich keine ökonomischen, sondern ideologische Gründe. Die Arbeitgeber haben die Abwehr der 35-Stunden-Woche zu einer ideologischen Grundsatzfrage erklärt und einmal mehr ihre Blockadehaltung demonstriert.

In zahlreichen Haustarifverträgen in der sächsischen Metallindustrie konnte ebenfalls die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche vereinbart werden. Dies waren einerseits wichtige Teilerfolge, andererseits schwächten sie auch die Durchsetzungsbasis der IG Metall.

In den letzten Streikwochen wurde die Fernwirkung auf einige westdeutsche Automobilhersteller und Zulieferbetriebe der Autoindustrie deutlich. Jedem Beteiligten war von Anfang an klar, dass eine Fernwirkung auf westdeutsche Betriebe nicht auszuschließen

war. Es ist geradezu Sinn und Zweck eines Arbeitskampfes, Wirkung auf die Arbeitgeber zu erzielen. Ausgehend von möglichen Fernwirkungen haben sich mehrere Betriebsratsvorsitzende der westdeutschen Automobilindustrie kritisch zum Vorgehen der IG Metall geäußert. Diese Debatte ist in internen Gremien der IG Metall erforderlich. Es ist jedoch nicht akzeptabel, wenn massive Kritik in einer entscheidenden Phase des Streikes in der Öffentlichkeit geäußert wird. Insbesondere die Äußerungen des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Opel AG, Klaus Franz, zur sofortigen Beendigung des Streikes sind völlig unakzeptabel. Dies gilt um so mehr als Opel weder direkt noch indirekt durch Fernwirkungen vom Arbeitskampf betroffen war. Dieses Vorgehen hat die Verhandlungsposition der IG Metall in einer kritischen Phase entschieden geschwächt.

Offensichtlich soll hier auf dem Rücken der Streikenden ostdeutschen Metallerinnen und Metaller die Personaldebatte innerhalb der IG Metall über die Nachfolge von Klaus Zwickel wieder in Gang gesetzt werden. Die Tarifkommissionen der sächsischen, brandenburgischen und Ostberliner Metall- und Elektroindustrie weisen darauf hin, dass alle Beschlüsse zur Streikführung gemeinsam von den zuständigen Gremien getroffen wurden. Im Vorstand der IG Metall fiel die Entscheidung über die Streikaufnahme einstimmig und sie wurde nach außen gemeinsam von Klaus Zwickel und Jürgen Peters vertreten. Die Tarifkommissionen weisen entschieden den Ruf nach so genannten personellen Konsequenzen zurück. Die Entscheidungen wurden gemeinsam getroffen. Nun muss auch gemeinsam dafür eingestanden werden, dass die ursprünglichen Ziele nicht erreicht werden können.

In einem Spitzengespräch am Donnerstag der vergangenen Woche zwischen Klaus Zwickel und Jürgen Peters einerseits sowie dem Präsidenten von Gesamtmetall Martin Kannegießer andererseits konnten Konturen für einen möglichen Tarifkompromiss weitgehend erarbeitet werden. Lediglich in einer einzigen Frage, nämlich dem Zeitpunkt der verbindlichen Einführung der 35-Stunden-Woche konnte in den Vorgesprächen keine Einigung erzielt werden. Im Rahmen der Verhandlungen vom Freitag Mittag bis Samstag Morgen wurde an diesen Konturen eines Kompromisses gearbeitet.

In einer bisher einmaligen Art und Weise verschärften die Arbeitgeber jedoch ihre Forderungen in der Verhandlungsnacht von Verhandlungsrunde zu Verhandlungsrunde. Auch nach einer Hinzuziehung von Klaus Zwickel, Jürgen Peters und Martin Kannegießer von Gesamtmetall wurde deutlich, dass sich in der Nacht offensichtlich diejenigen Kräfte im Arbeitgeber-Lager durchgesetzt hatten, die nicht an einem wirklichen Kompromiss, sondern am Scheitern der Verhandlungen interessiert waren.

Die IG Metall hat in der letzten Phase folgenden Kompromiss angeboten, den die Arbeitgeber ausgeschlagen haben:

1. Einführung der 37-Stunden-Woche ab 1. Januar 2004. Dafür Verschiebung der Einführung des Entgelttarifvertrages um zwei Jahre.
2. Vereinbarung eines so genannten Arbeitszeitkorridors zwischen 35 und 40 Stunden, der auf Ebene der Betriebsparteien ausgehandelt werden sollte. Zeiten oberhalb von 38 Stunden pro Woche sollten in einem Arbeitszeitkonto verbucht werden, das zwingend durch Freizeit auszugleichen ist.
3. Für den verbindlichen Endzeitpunkt hat die IG Metall ein so genanntes Zwei-Phasen-Modell angeboten, über das sich die jeweiligen Betriebsparteien hätten verständigen müssen. Modell A sah vor, das auf der betrieblichen Ebene ein Stufenplan ausgehandelt wird, der schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche spätestens bis zum 1. Januar 2009,

in Sonderfällen bis zum 1. Januar 2011 vorsah. Alternativ dazu wurde ein Modell B angeboten, in dem kein verbindlicher Zeitpunkt für die Einführung der 35-Stunden-Woche festgelegt war. Stattdessen sollte auf der Basis der Entwicklung der Produktivität ein Angleichungsbericht vorgegeben werden, auf dessen Grundlage die Arbeitszeit entsprechend der Produktivitätssteigerung gekürzt werden sollte. Dieses Angebot der IG Metall beinhaltet innovative Elemente und hätte den Betriebsparteien einen starken Gestaltungsspielraum gegeben wie er immer von den Arbeitgebern gefordert wird.

Dass die Arbeitgeber diesen weitgehenden Kompromissvorschlag der IG Metall abgelehnt haben, zeigt, dass es ihnen um die Grundsatzfrage geht und sie nicht interessiert waren an konstruktiven Lösungen zu arbeiten, sondern gezielt auf das Scheitern der Verhandlungen gesetzt haben.

Die Metallerinnen und Metaller in den Streikbetrieben haben einen hervorragenden Einsatz gezeigt. Diese Kampfkraft muss jetzt genutzt werden, um in möglichst vielen Betrieben Haustarifverträge durchzusetzen. Auf dieser Grundlage soll mittelfristig versucht werden, wieder eine Regelung im Flächentarifvertrag zu finden. Dies wird eine der Hauptaufgaben der IG Metall in den nächsten Wochen und Monaten sein.

Berlin, den 29. Juni 2003